

Brandenburger Erklärung des CDU Bundesvorstands vom 23.08.2004

„Deutschland kann mehr.

**Mit einer Politik für mehr Arbeitsplätze in die Zukunft
der neuen Bundesländer investieren.“**

Die CDU will Deutschland wieder an die Spitze führen. In unserem Land steckt weit mehr, als unter Rot-Grün sichtbar wird. Die Menschen in unserem Land wollen mehr und können mehr. Deutschland kann mehr - mit einer besseren Politik.

Die CDU steht für eine Politik, bei der Wachstum und neue Arbeitsplätze wieder an erster Stelle stehen. Jede politische Entscheidung muss diese beiden Ziele im Auge haben.

Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern bleibt die wirtschaftliche Entwicklung trotz größter Anstrengungen der Menschen angespannt. Vieles ist erreicht worden. Aber noch immer gibt es in Ostdeutschland viel aufzuholen. Dafür brauchen die ostdeutschen Länder mehr Wachstum als Westdeutschland. Ostdeutschland muss mehr Fahrt aufnehmen. Tatsächlich zeigt der genaue Blick: Die CDU regierten Länder holen auf. Mit CDU-Politik haben die ostdeutschen Länder teilweise Spitzenwerte beim Wirtschaftswachstum in ganz Deutschland erreicht. Die Lage in Ostdeutschland beweist: Überall dort, wo eine bessere Politik gemacht wird, kann sich mehr Dynamik entfalten. Die Menschen können mehr leisten und für das eigene Wohl mehr erreichen als Rot-Grün zulässt.

Die CDU will mehr Dynamik für ganz Deutschland. Voraussetzung dafür ist, dass Ostdeutschland aufholt. Wir können den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nur gewinnen, wenn wir in Ostdeutschland mehr Arbeitsplätze schaffen. Eine Politik, die Ostdeutschland aus dem Blick verliert, kann in Deutschland keinen Aufschwung in Gang bringen. Deutschland kommt nur dann zurück an die Spitze in Europa, wenn Ostdeutschland in die Lage versetzt wird mitzuziehen. Viele ermutigende Leistungen zeigen, was in den ostdeutschen Ländern möglich ist. Viele Erfolge der CDU-Politik in Ostdeutschland haben Modell-Charakter für ganz Deutschland. Die bessere Politik zeigt unter schlechteren Bedingungen die bessere Wirkung.

Sofortinitiative für die neuen Bundesländer

Die CDU fordert die Bundesregierung zu einer umgehenden Kurskorrektur auf. Die neuen Länder brauchen eine sofortige Initiative für mehr Wachstum und Beschäftigung:

1. Die CDU tritt dafür ein, dass die den ostdeutschen Bundesländern im Solidarpaket zugesagten Mittel der Körbe I und II in voller Höhe ausgezahlt werden. Im Gegenzug stehen die neuen Länder ihrerseits in der Pflicht, die Solidarpaketmittel aufbaugerecht zu verwenden. Rot-Grün hat bislang keine verlässlichen Zusagen gemacht.
2. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Europäische Union die wichtige Förderung der ostdeutschen Länder als „Ziel-1-Gebiete“ bis 2013 beibehält. Rot-Grün hat dieses Ziel preisgegeben.
3. Die CDU fordert die Bundesregierung auf, alle im Bundeshaushalt 2004 für den Aufbau Ost gesperrten Verpflichtungsermächtigungen für die regionale Wirtschaftsförderung freizugeben.
4. Wir wollen Fördermittel vor allem für die besonders wachstums- und arbeitsplatzrelevanten Kernbereiche Infrastruktur, Investitionsförderung produktiver Anlagen sowie Forschung und Entwicklung einsetzen. Rot-Grün gibt das Geld ohne erkennbares System aus.
5. Die CDU fordert von der Europäischen Union ein Sonderprogramm "Verkehrsprojekte Europäische Einheit". Verkehrsprojekte, die für den europäischen Einigungsprozess von Bedeutung sind, müssen zudem im Bundesverkehrswegeplan als "vordringlicher Bedarf" ausgewiesen werden. Rot-Grün hat Geld für wichtige Verkehrsprojekte mit der Maut verspielt.
6. Die CDU will Schlüsseltechnologien durch den Aufbau regionaler Wachstumspole („Cluster“) und die enge Vernetzung zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen und der Wissenschaft fördern. Wir wollen den Technologietransfer aus einer gut ausgebauten Wissenschafts- und Forschungsstruktur auch in die Klein- und Mittelbetriebe gewährleisten, damit weltmarktfähige Produkte für morgen entstehen, die zu dauerhaft sicheren Arbeitsplätzen führen. Rot-Grün hat die Wissenschafts- und Forschungsförderung vernachlässigt und den Anschluss an die Weltspitze aufs Spiel gesetzt.

7. Die CDU lichtet den Verwaltungsdschungel, damit wirtschaftliche Entwicklungspotenziale besser genutzt werden können. Rot-Grün schafft mehr Verordnungen, mehr Hemmnisse und mehr Verunsicherung.
8. Die CDU treibt die Reform der föderalen Ordnung an. Wir brauchen mehr Eigenverantwortlichkeit von Bund, Ländern und Kommunen sowie mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort. Es muss mehr Öffnungs- und Experimentierklauseln geben, die es vor allem den neuen Ländern erlauben, von Regelungen des Bundes abzuweichen. Rot-Grün stellt sich quer und verhindert, dass Modellregionen in den Ländern entstehen.
9. Die CDU setzt sich dafür ein, dass Lohnersatz- und Transferleistungen für arbeitsfähige Arbeitslose in ein System der „Lohnergänzung“ umgewandelt werden. Bei Aufnahme einer gering entlohnten Tätigkeit soll ein arbeitsfähiger Arbeitsloser durch Lohn und Lohnkostenzuschuss bzw. ergänzende Sozialhilfe über ein höheres Gesamteinkommen verfügen als wenn er nicht arbeitet. Dadurch wollen wir vor allem den zahlreichen Langzeitarbeitslosen in Ostdeutschland wieder eine Einstiegschance in den Arbeitsmarkt bieten. Rot-Grün kürzt und fordert, ohne im Gegenzug Hilfe und Unterstützung anzubieten.
10. Die CDU tritt für eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts ein. Der Kündigungsschutz für bestehende Arbeitsverhältnisse bleibt unangetastet. Wir wollen aber Barrieren abbauen, die Neueinstellungen verhindern, damit vor allem ältere Arbeitnehmer mehr Chancen haben. Rot-Grün will ihnen diese Chancen verwehren.
11. Die CDU will das Steuersystem radikal vereinfachen. Eine bessere Politik schafft Vereinfachung Das deutsche Steuerrecht verhindert heute Existenzgründungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Anwendung wird für den Staat, die Bürger und Unternehmen immer teurer. Gerade die in Ostdeutschland überproportional vertretenen kleinen Unternehmen haben unter den dadurch entstehenden Lasten zu leiden. Rot-Grün verhindert durch immer kompliziertere Regeln und Steuererhöhungen Existenzgründungen und neue Arbeitsplätze.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sinnvoll gestalten

Die Zusammenlegung der beiden steuerfinanzierten Systeme, Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung. Der zentrale Gedanke muss dabei sein: „Fördern und Fordern“.

Alleine mit Fordern kommt man deshalb nicht voran, vor allem nicht in den neuen Bundesländern und in den Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern. Gerade dort muss vielmehr der Aspekt des Förderns in den Vordergrund treten. Wir dürfen nicht das wesentliche Ziel aus den Augen verlieren, den Betroffenen eine Perspektive zu geben.

Die beste Förderung ist das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt. Dazu sind Maßnahmen notwendig, die den Menschen neue Jobmöglichkeiten eröffnen.

Aber die Bundesregierung lässt die Menschen mit der Reform allein. Die Umsetzung ist – wie bei der LkW-Maut, dem Dosenpfand und vielen anderen Projekten – von schweren handwerklichen Fehlern und Durcheinander gekennzeichnet.

Die CDU stärken – das Land nach vorne bringen

Die Wahlen des Jahres 2004 haben gezeigt, dass die Menschen eine andere Politik wollen. Die Wählerinnen und Wähler haben gezeigt, dass sie kein Vertrauen in die rot-grüne Politik haben. Sie wollen endlich wieder eine Politik, die ihre Sorgen ernst nimmt und Ihnen Hoffnung und Vertrauen zurückgibt. Deutschland braucht eine bessere Politik.

Der Vergleich der Bundesländer belegt: Wo die Union regiert, geht es besser - in Ost und West. Die Menschen zeigen mehr Leistung, weil sie mehr für ihre Leistung bekommen. Wenn alle die Vorteile der besseren Politik spüren, entwickelt sich die Wirtschaft besser. Wenn sich Leistung lohnt, entstehen Arbeitsplätze. Wo die CDU eine bessere Politik verantwortet, wird mehr für Bildung getan und das Leben ist sicherer. Deshalb schenken die Menschen der CDU in den Ländern und in den Kommunen das Vertrauen. Für eine bessere Politik muss die CDU bei den bevorstehenden Landtagswahlen im Saarland, in Brandenburg und Sachsen und bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen weiter gestärkt werden.

Jede Stimme für die Union ist eine Stimme für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze.

Wir sind überzeugt: Unser Land hat ein großes Potenzial für den Fortschritt in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Die Menschen in Ost und West wollen mehr mit ihrer

Anstrengung erreichen. Die Menschen wissen, dass Deutschland mehr leisten kann und wollen daran mitarbeiten. Gemeinsam kann Deutschland wieder zu einer führenden Wirtschaftsnation werden. Deutschland kann mehr mit einer besseren Politik. Mehr Wohlstand und größere sozialer Sicherheit für alle.